

diskussion af forskningens samfundsmæssige rolle – her 40-50 år senere og i en ganske forandret verden? Og hvor er det, vi som historikere bør begynde at grave, hvis vi vil kvalificere diskussionen? Vel kan vi lære af historien; men et eksempel, hvor detaljeret det end er, bringer os ikke videre, medmindre det bliver tydeligt fortolket, hvilket ikke sker i denne bog.

Anita Kildebæk Nielsen

ALLAN BORUP: Demokratisierungsprozesse in der Nachkriegszeit. Die CDU in Schleswig-Holstein und die Integration demokratieskeptischer Wähler. Bielefeld 2010, Verlag für Regionalgeschichte. 283 s. 24 EUR

Wissenschaft ist ein internationales Geschäft. Eine allgemeine Verständigung in den Bereichen der Medizin, der Technik und der Naturwissenschaften ist relativ leicht, da Problemstellung, Beweisführung und der kommunikative Austausch kongruent sind. Anders ist es bei den Geisteswissenschaften; diese sind bei aller Internationalität im Grunde doch auch national bestimmt: Jede Geisteswissenschaft hat, bedingt durch ihre nationale Herkunft, einen bestimmten Bezugsrahmen, eine Wertigkeit der Themen und einen Urteilsraster, die nur ihr eigen sind. Das schließt natürlich nicht aus, dass Geisteswissenschaftler sich mit Themen befassen, die zu bestimmten Themenkreisen anderer Nationen gehören. Im Gegenteil – die Vorteile liegen auf der Hand: Der Blick ist freier und ungebundener, die Bindung an gegebene Deutungszusammenhänge ist lockerer und die in der Wissenschaft notwendigen, aber zu kennzeichnenden Werturteile können freier sein.

Um eine solche von einem ausländischen Kollegen verfasste Arbeit handelt es sich auch bei dem Buch von Allan Borup: Demokratisierungsprozesse in der Nachkriegszeit. Es ist eine Dissertation, die das SAXO-Institut, Abt. Geschichte, an der Universität Kopenhagen im Mai 2008 als Dissertation angenommen hat. Es spricht für die Offenheit der dänischen Forschung, dass diese Arbeit zustande gekommen ist im Rahmen des dänischen Forschungsprojekts »Deutschland in Europa nach 1945«. Die ursprünglich dänischsprachige Dissertation wurde von Detlef Siegfried wissenschaftsangemessen übersetzt.

Nun herrscht an Darstellungen zur Geschichte der CDU in Schleswig-Holstein – jedenfalls zu dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens – kein Mangel (Wieck, Heitzer, Mosberg, eigene Aufsätze des Rezensenten). Aber dies sind alles Darstellungen meist zur Organisationsgeschichte,

zur Binnenstruktur und zur nach außen hin erkennbaren Programmatik der Partei, weniger zu dem politischen Raum, zur politischen Kultur und zur Wählerschaft, in der sich die Partei bewegte. Weiter ausgreifend in der Deutung waren schon die Arbeiten von Jürgensen (Besatzungsmacht, Kirche) und Varain (Parteien und Verbände), die auch das politische Umfeld und die Verschränkungen der CDU mit den gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden betrachteten.

Was aber bislang fehlte, war eine differenzierte Betrachtung des Wirkens der CDU in der Wählerschaft, der Entwicklung der eigenen Programmatik und des Wandels dieser Programmatik im Rahmen der historisch-politischen Entwicklung. Es geht also darum, gleichsam das Gelenk zu betrachten, mit dem die Programmatik der Partei mit den Prädispositionen, den Erwartungen und den Entscheidungen der Wählerschaft verbunden ist.

Nun kann man natürlich, zumal für die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht in die Köpfe der Wähler hineinsehen. Die heute üblichen sehr differenzierten Meinungsumfragen im Zusammenhang mit Wahlen gab es damals noch nicht. Man muss also ein praktikables, verlässliches Instrumentarium entwickeln, mit dessen Hilfe man diesem Zusammenhang zwischen Parteiprogrammatik und Wählerprädisposition wie auch der Wählerentscheidung so nahe wie möglich kommt - dies immer nur unter der eingestandenen Bedingung, dass es eine Annäherung bleibt.

Borup verwendet zur Lösung dieses Problems den Begriff der »politischen Kultur«. Diese wird definiert als ein sinnerfülltes Interaktionssystem, in dem Menschen ihre Interessen – nicht nur materielle, sondern auch geistige und deutungsmäßige Interessen zu verfolgen suchen. So entstehen je nach den sozialen, konfessionellen, politischen und ideologischen Prädispositionen bestimmte Weltbilder, und es wird gefragt, in welcher Weise die Parteien, in diesem Falle die CDU, diese Weltbilder jeweils aufnehmen, sie in ihrer Programmatik abbilden und gegebenenfalls gar verändern.

Gemäß dem Untertitel der Arbeit von Borup geht es ihm nicht um die gesamte Wählerschaft, sondern er richtet sein besonderes Augenmerk auf »demokratieskeptische Wähler«. Es sind dies Wähler, denen aus bestimmten Gründen die schnelle, unbedingte Entscheidung für die Demokratie verwehrt war – teils weil sie sich in ihrer Lebenssituation ausgeschlossen fühlten, teils weil sie durch Verstrickungen in der Vergangenheit belastet waren, die eine Teilnahme am demokratischen Neuaufbau erschwerten. Als solche »demokratieskeptischen«

Problemgruppen nennt Borup die Flüchtlinge, die ehemaligen Nationalsozialisten und die ehemaligen Wehrmachtangehörigen. Die Sonderstellung dieser drei Gruppen wird von Borup im Verlauf seiner Arbeit ausführlich und differenziert erläutert.

Nach einer Einleitung, in der die Fragestellung, das Instrumentarium, die Quellen und der Aufbau dargelegt werden, folgen zwei Kapitel (Kap. 2-3), in denen die Etablierung der Besatzungsherrschaft und die politischen Ausgangspositionen der Bevölkerung untersucht werden. Vor allem geht es um die Frage, die in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts eine besondere Rolle gespielt hat: Warum Parteien und vor allem warum mehrere Parteien, die doch gemeinhin als Momente der Spaltung und der Zwietracht galten. Der zweite Teil befasst sich mit dem Aufbau und der Konsolidierung der CDU und vor allem mit der Frage, in welcher Weise es der CDU gelang, durch ihre Programmatik und ihr Verhalten die Vorstellungen der Wählerschaft im Rahmen der »politischen Kultur« des Landes aufzunehmen und sie in Hinsicht auf den späteren Erfolg der Partei in den fünfziger Jahren auszurichten. Der dritte Teil (Kap. 8-11) behandelt die Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik, als die Zulassung der politischen Parteien durch die Besatzungsmacht aufgehoben war und sich die Bildung der Parteien frei entfalten konnte. Dabei konnte es nicht ausbleiben, dass sich auch Parteien bildeten, die zwar nach außen hin der Demokratie zustimmten, nach innen aber autoritären und rückwärts gerichteten Positionen angingen. Hier geht es vor allem um den Umgang der CDU mit solchen Bestrebungen und um die schwierige Frage, welche Wähler mit welchen Argumenten zu gewinnen waren und welche Wähler als unbelehrbar zu Gegnern erklärt wurden. In einem Schlusskapitel werden die Ergebnisse noch einmal zusammengefasst.

Die Voraussetzungen für den Aufbau einer Demokratie in Deutschland und damit auch in Schleswig-Holstein waren nicht erfolgsversprechend. Die Erfahrungen mit der Demokratie von Weimar wirkten in der Weise nach, dass man den Parteien, ihrem Wirken und der in einer Demokratie notwendigen Kompromissbereitschaft mit dem Ziel der politischen Entscheidung kein großes Vertrauen entgegenbrachte. Anschließend hatte in der Zeit des Nationalsozialismus eine »Überpolitisierung« aller Lebensbereiche stattgefunden, die in einer einzigen Katastrophe geendet hatte. Von Politik hatten die Menschen genug erlebt. Und schließlich stand die Sicherung der unmittelbaren Lebensverhältnisse – Essen, Wohnen, Heizen – eher im Vordergrund allen Strebens als die Politik. Eine Rolle spielte aber auch, dass die britische

Besatzungsmacht nicht etwa das eigene System zu installieren suchte, sondern dass sie den Rahmen der neuen politischen Ordnung relativ offen zu gestalten gedachte: Es sollte Parteien geben, sie sollten demokratisch sein, und sie sollten sich in eine Ordnung einfügen, die durch die Grundelemente einer freiheitlichen Demokratie bestimmt war.

Auf der deutschen Seite wirkten die Erfahrungen aus der Weimarer Republik in der Art weiter, dass es allgemeine Auffassung war, die Zersplitterung auf der bürgerlichen Seite, die schließlich zur Ohnmacht des Bürgertums im politischen Raum geführt hatte, endgültig zu beseitigen. Dabei wollte man den Rand dieser Sammlung auf der linken Seite zunächst so weit wie möglich ziehen, um auch die »nationale« Arbeiterschaft zu gewinnen. Das gelang nicht, denn es bildete sich zur gleichen Zeit die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die die Tradition der alten SPD wieder aufnahm, und es bildete sich eine liberale Partei, die FDP, die die Bindung der neuen bürgerlichen Sammlung an das Christentum nicht mitvollziehen wollte. Das Christentum, das die CDU vertrat, war dabei nicht etwa politisches Handlungsprogramm, sondern eher ein allgemeiner Rahmen, der der moralischen Begründung der neuen Politik gelten sollte.

Die Integration »demokratieskeptischer« Wähler, d.h. solcher Wähler, die sich aus vielerlei Gründen nicht binden, nicht engagieren wollten oder die reserviert abseits standen, vollzog sich auf drei Gebieten: Bei den ehemaligen Nationalsozialisten wurde unterschieden zwischen solchen, die tatsächlich Schuld auf sich geladen hatten, und solchen, denen man politischen Idealismus unterstellte und die damit zu exkulpieren waren. Bei den ehemaligen Wehrmachtsangehörigen gestand man zwar zu, dass sie in einem selbstverschuldeten Krieg gekämpft hatten, dass aber an ihrem persönlichen Anstand und ihrer Opferbereitschaft nicht zu zweifeln war. Auch war die Partei bestrebt, den Begriff der »Nation« – so diskreditiert er auch war – als verbindende Klammer zu reaktivieren. Auf diese Weise gelang es der CDU, große Teile des Bürgertums zu sammeln, die Gegensätze zu befrieden und weitere Parteibildungen auf der rechten Seite zunächst zu verhindern.

Anders wurde dies, als die Besatzungsmacht in den Jahren 1949/1950 die ihr bisher vorbehaltene Vollmacht zur Genehmigung von Parteigründungen aufgab und sich neue Parteien bilden konnten. Zunächst organisierten sich die Flüchtlinge im »Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten« (BHE), dann bildete sich auf dem rechten Flügel die »Deutsche Partei« (DP) und schließlich fanden sich die unbelehrbaren Nationalsozialisten in der »Sozialistischen Reichspartei« (SRP)

zusammen. Die CDU, die dadurch ihre Alleinstellung als Sammlungs-
partei gefährdet sah, antwortete darauf mit der Bildung des »Bürger-
blocks« zu den Landtagswahlen des Jahres 1950, in dessen Rahmen die
DP und dann auch der BHE eingebunden wurden, zugleich aber ein
scharfer Schnitt zur SRP gezogen wurde. Beginnend mit dem Jahre
1950, vollzog sich dann der Aufstieg der CDU zur bestimmenden poli-
tischen Macht bis in die achtziger Jahre. Mit dem Zugewinn an politi-
scher Stärke schwenkten dann auch die Verbände und die Kirche, die
zunächst durchaus abseits gestanden hatte, auf den Kurs der CDU und
dienten als Förderer und Vervielfältiger der politischen Prinzipien der
CDU. Insgesamt gelingt es Borup, den Zusammenhang zwischen poli-
tischem Wahlangebot durch die Parteien und der tatsächlich erfolgten
Wahlentscheidung aufzuzeigen und die Gewinnung demokratieskep-
tischer Wähler in den verschiedenen Annäherungsstufen deutlich zu
machen.

Eingefügt werden sollen hier noch einige kritische Bemerkungen:
Borup spricht überwiegend von *der* CDU. Er unterscheidet zwar die
Partei von dem Vorsitzenden Carl Schröter, deren Verhältnis zugleich
von großem Einfluss auf die Partei und großen Konflikten innerhalb
der Partei geprägt war, aber es gab nicht *die* CDU. Auch die Partei hatte
mehrere Flügel, die durchaus in Spannungen miteinander standen: Ei-
nen eher liberalen Flügel, einen eher konservativen Flügel und einen
eher »pragmatischen« Flügel, der dann auch den Sturz Schröters her-
beiführte. Man hätte gern gewusst, wie sich diese einzelnen Flügel der
Partei zur Gewinnung demokratieskeptischer Wähler gestellt haben.
Bekannt ist etwa, dass die Aufnahme von ehemaligen Nationalsoziali-
sten in die Partei und ihre Einsetzung in hohe Regierungsämter durch-
aus auf Widerstand in der CDU stieß. Weiter hätte man das Verhalten
der Wähler – also die Antwort des Wahlvolks auf die Angebote der poli-
tischen Parteien – noch durch ausgewählte Statistiken belegen können.
Nun setzt die Wahlstatistik für das Land Schleswig-Holstein erst später
ein, aber in der Tagespresse vor allem der größeren Städte, in denen
bestimmte Stadtviertel ja auch bestimmte soziale Milieus repräsentie-
ren, lassen sich solche Korrelationen durchaus feststellen. Es fehlt auch
– und das wundert bei einem dänischen Kollegen besonders – die in
der CDU sehr heftig diskutierte »Grenzfrage« – die Bestrebungen der
dänisch gesonnenen Bevölkerung im Norden, Veränderungen herbei-
zuführen. Auch dies war für die CDU ein Instrument der »Sammlung«,
das über alle inneren Gegensätze hinweg eingesetzt werden konnte.

Diese einschränkenden Bemerkungen können aber die Bedeutung dieses Buches nicht schmälern. Es ist versucht worden, einen Aspekt der Wahl- und Parteienforschung, die heute mit ausgeklügelten Befragungen und Statistiken vorgenommen wird, mit den in der damaligen Zeit vorhandenen Quellen zu betrachten und zu analysieren. Dabei geht es nicht um die Gesamtwählerschaft, sondern eben um bestimmte Problemgruppen, die demokratieskeptischen Wähler. Natürlich kann man nicht in den Kopf dieser Wähler hineinsehen, aber Borup umkreist diesen Wirkungszusammenhang und kommt zu differenzierten Ergebnissen. Aus den Berichten der Besatzungsmacht über die Stimmung in der Bevölkerung, aus der Programmatik der CDU, aus den Aktionen der Partei und aus der Resonanz in der Wählerschaft (Leserbriefe, Einzelmeinungen und Stellungnahmen der Kirchen und Verbände) wird ein dichtes Geflecht gebildet, das die Wahlentscheidung der Wähler zwar nicht vollständig abbildet, aber ihr so nahe wie möglich kommt. Der Zugang zu diesem Thema mit dem Forschungsprinzip der »politischen Kultur« erweist sich dabei als hervorragend geeignet für differenzierte Ergebnisse. Er umfasst zugleich Politikgeschichte, Geistesgeschichte und Mentalitätsgeschichte. Natürlich hat die CDU im Zuge der Sammlungsbewegung manche Spannung allzu sehr geglättet, zu weit gehende Zugeständnisse gemacht, manche Personen aufgenommen, deren Belastung zu groß war, aber Borup weist zugleich darauf hin, dass die CDU mit anderen Parteien das Fundament eines funktionierenden demokratischen Systems in Schleswig-Holstein gelegt hat. Für die Landesgeschichte ist dieses Buch ein ganz bedeutender Beitrag.

Peter Wulf